

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dabberbrück, Röhrl, Rierke, Rierke-Str., Brauerk, Volme, Lüdenfeld.

Meinertagen, Halber, Orl, Ruppberg, Radenbornwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wils. Bell Jr., Halber i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halber.

Nr. 235

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage
Bezugspreis: Durch die Post oder durch die Geschäfts-
stelle Mk. 10,20 vierteljährlich.

Halber

Montag, den 1. November 1920

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
20 Hg., auswärts 25 Hg., im Reklametell 1 mm hoch
90 mm breit 60 Hg.

20. Jahrgang

Stetige Zeitung für eilige Leser.

- Die Wiedergutmachungskommission hat die Ergänzungs-
offen zu den von Deutschland bereits geforderten 180.000
Tonnen, die als Entschädigung für die Verluste der Flotte
bei Scapa Flow zu liefern sind, mit 89.000 Tonnen festgelegt.
- Im Haushaltsausschuss des Reichstages gaben Vizeminister
Reine und Reichsminister Fehrenbach eine ausführliche Dar-
stellung der Fälle Hermes und Augustin.
- Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen beantragte eine
parlamentarische Untersuchung gegen den Ernährungsminister
Hermes.
- Die Preussische Landesversammlung beschloß, daß die
preussischen Farben „schwarz-weiß“ bleiben sollen.
- Über die ostpreussische Grenze sollen bereits über 10.000
Personen, namentlich Arbeitslose, zur litauischen Armee über-
gegangen sein.
- Zum japanischen Botschafter in Berlin ist der bisherige
Gesandte in Stockholm Toki ernannt worden.
- Das sächsische Ministerium beschloß, den 9. November
zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.
- Die polnisch-litauischen Differenzen betreffen Wilna sollen
nach einem Beschluß des Völkerbundes durch eine Volks-
abstimmung in Wilna entschieden werden.
- Nach einer „Times“-Meldung aus Athen wurde Admiral
Konstantinos, ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung
in Saloniki, mit 187 gegen 8 Stimmen zum Regenten von
Griechenland gewählt. Sofort nach der Wahl hat der Regent
vor der Kammer den Eid abgelegt.
- Nach einer Meldung aus Athen ist Prinz Paul von
Griechenland, der in Luzern weilte, offiziell benachrichtigt
worden, daß ihm die Krone anfalls.

Immer dasselbe.

Von bürgerlich-parlamentarischer Seite wird uns ge-
schrieben:

Wer steht unbefangenen Sinnes der großen politischen
Ausprägung im Reichstage bei, muß eigentlich in die
Verfassung kommen, den Kopf zu schütteln und immer
wieder den Kopf zu schütteln. Wir haben doch, nicht wahr,
vor zwei Jahren den Umsturz aller Dinge in Deutschland
erlebt, haben das Kaiserthum beseitigt, den Militarismus
weggeworfen, haben sozialistische Reichstagsler und Re-
gierungen gehabt, haben den Reichstag zur allein ent-
scheidenden Instanz für Deutschland erhoben, ohne dessen
Zustimmung kein Apfel mehr vom Baume, kein Spatz mehr
vom Dache fallen kann. Und doch steht Herr Scheidemann,
der Führer der größten Partei des Hauses, sich auf die
Reichstagstribüne hin und hält eine oppositionelle Rede, so
scharf, so schonungslos, als lebten wir noch ganz in den
alten, in denen er und die Seinen gar nichts zu sagen
hätten. Seine Schuld und sein Verdienst ist es zum aller-
größten Theil, wenn die Sozialdemokratie heute nicht mehr
an der Regierung beteiligt ist, und ebensicherweise läßt sich
auch gar nicht bestreiten, daß die gegenwärtige
bürgerliche Regierung in mancher Beziehung weniger
schlimme Verhältnisse vorgefunden hätte, wenn die Rabinette
Scheidemann, Bauer und Müller, die vor ihr am Ruder
waren, der Aufgabe, die sie zu bewältigen hatten, einiger-
maßen Herr gewesen wären. Das ist nicht gelungen, und
wäre wahrscheinlich auch keiner anderen Regierung gelungen;
denn lagen die Dinge im unmittelbaren Anschluß an die
Wende der Ordnung auflösenden Revolution eben doch zu
schwierig. Dann ist es aber eine Forderung der Gerechtigkeit,
die Parteien, die jetzt am Ruder sind, nicht für Ver-
schuldungen mit verantwortlich zu machen, die vor ihrer
Zeit veranfaßt sind.

Aber Herr Scheidemann ist nun einmal ein sehr
temperamentvoller Mensch, und man darf vielleicht nicht jedes
seiner Worte gar zu peinlich auf die Waagschale legen. Allein
die Art, wie er gegen den Chef der Exekutive vom
Reber 1920, wie er auch die wenigen Offiziere, die uns noch
verblieben sind, der Volkswort ausliefern, wie er überhaupt
das Gespenst des Militarismus von neuem lebendig zu
machen sucht — in einer Zeit, in der wir kaum noch im-
stande sind, die innere Ordnung mit bewaffneter Hand
aufrechtzuerhalten, gleichwie denn uns gegen die unvor-
sichtigen Gewaltthaten unserer Gegner zur Wehr zu
setzen — das ist vielleicht nicht bloß auf der rechten Seite
des Hauses als eine harte Entgegnung empfunden worden.
Er verhält damit dem Reichspräsidenten zu einem unvor-
sichtigen Grolle. Herr Dr. Weiser ist sonst die Ruhe selbst;
ein schmerzlicher Demokrat von solchem Wesen, mit unver-
kennbarer Neigung zum Sarkasmus. Diesmal aber ging
er hoch wie ein Wildschaff, denn es zu ihm wird. Mit
harten Worten, wie sie sich nur einstellen, wenn ein ehr-
licher Mann von ehrlicher Entrüstung im Inneren mit for-
geren wird, übernahm er die volle Verantwortung für alles, was
in seinem Reichthumbereich geschehe, verteidigte er den General
v. Seeck, dessen tragische Aufgabe, Tag für Tag Hunderte und
Tausende von deutschen Männern aus einem lieb gewordenen
Dienst nach Hause zu schicken, in eine ungewisse Zukunft
hinanzuführen, sie vielleicht dem Elend und der Not zu
überliefern, selbst von der Entente mit einigen Verständnis,
jedoch mit mehr Anerkennung begleitet wird, als die von
deutschen Volksvertretern bezeugte. Er bedauerte schließlich
die Verhältnisse, mit der ein Mann wie Scheidemann,
der ja, als er noch am Ruder war, die Hilfe der Reichs-
wehr mehr als einmal zum Schutze der Republik in Anspruch
nehmen mußte, jetzt ihre sämtlichen Kräfte auf offenem Markte
anzusetzen, für gut fand. Vom Entwurfungskommissionar
Dr. Weiser mußte der frühere Reichstagsler das sagen
lassen, daß gar kein Angriff auf die Barikadenhaltung größerer
Mengen auf dem Lande vorliege, daß im Gegenteil
die Entwurfungsaktion eigentlich aber Erwarren große Er-
folge erzielt habe, und daß auch auf diesem Gebiete der
General v. Seeck seine volle Schuttschuld gethan habe.
Die Debatte geht weiter. Wieder wie einst. Der
Reichspräsident, Herr Ebert, spricht, ohne im wesent-

lichen nein oder ja zu sagen, laßt sich von und Tadel, An-
erkennung und Verurteilung nach rechts und nach links hin-
möglichst gleichmäßig zu verteilen. Und dann kommt Graf
Westarp, der Führer der Konservativen, der zum ersten
Male seit dem Untergang des Kaiserreiches wieder in der
deutschen Volksvertretung zum Wort kommt. Auch er kann
den Faden lediglich da wieder aufnehmen, wo er ihn, durch
die Oktober- und November-Ereignisse des Jahres 1918 aus
der Hand gewunden wurde. Schon damals befand er sich
in scharfer Opposition gegenüber unserer gesamten inner-
en außenpolitischen Entwicklung. Weder Herr v. Bethmann
Hollweg, noch seine Nachfolger bis zum Prinzen Max
von Baden haben die Zustimmung der Rechten zu ihrer
Kriegs- und Friedenspolitik finden können. Heute ist
aus den Konservativen die Deutschnationale Volkspartei ge-
worden. Und so viel man auch gegen ihre Haltung ein-
wenden mag, man darf die Tatsache nicht übersehen, daß
ungleich größere Bahnen als früher ihrem Banner
folgen. Graf Westarp weiß das natürlich in seinem ganzen
Auftritte sehr deutlich zur Schau zu stellen. In den letzten
Kriegsjahren hatte man ihn und seine Partei fast gänzlich
vergessen. Heute hat man die ungemein rasche Veränderlichkeit aller
politischen Dinge schon zu gut kennengelernt, um sich nicht
zu fragen, daß der schlanke, blaße Mann, der da für Preußen,
für das deutsche Kaiserthum, für die Hohenzollern spricht,
vielleicht sehr bald betreten sein könnte, wieder eine ungleich
aktivere Rolle in unserem Staatsleben zu spielen.

Mit eindringlichen Worten rührt er an unsere entse-
ten nationalen Jammer und an die Erscheinungen von
Schwäche, von Würdelosigkeit, wie wir nur allzu häufig in
unserer Mitte zu beklagen haben. Er hält der Sozial-
demokratie vor, wie sie sich im Genf ein erlogenes Schuld-
bekenntnis habe abpressen lassen, und vertritt die Forderung,
daß der Ruf nach Revision des Friedensvertrages ebenso
laut und ebenso unangelegentlich von uns erhoben werden müsse,
wie die Anklage über die schändlichen Vertragsverletzungen,
an deren Opfern wir all über all und Tag für Tag gemacht
werden. Auch mit der Deutschen Volkspartei setzt er sich
auseinander, deren Regierungstätigkeit sie zuweilen schon
ziemlich weit ab von denjenigen Wegen zu führen
scheint, welchen die Deutschnationalen für richtig
halten. Als er aber dazu übergeht, Herrn Scheidemann
zu antworten, steigert sich die Spannung,
mit der das Haus seinen Ausführungen folgt, zu lebhafter
Erregung. Er bekennt sich nach wie vor zu der Über-
zeugung, daß die Revolution das größte Unglück gewesen
sei, das uns treffen konnte, und der Beschimpfung unserer
Offizierskorps durch den Führer der Sozialdemokraten tritt
er mit der Verhöhnung entgegen, daß die heidenmütigen
Taten dieser Offiziere noch lange im Volke fortleben würden,
wenn die Herren von der Linken längst vergessen sein
würden. Er spricht von der Untreue gegen sich selber, die
das deutsche Volk durch den Bruch mit seiner ganzen Ge-
schichte begangen habe, und die wieder gut zu machen es
heute noch nicht reif sei. Seine Partei erziehe den Aus-
gleich der Volksthür, während die Sozialdemokratie
sich zum Klassenkampf bekenne; da gebe es keine Verständ-
lung. Auch wenn es nach ihm gehe, solle in Zukunft nicht
gehen und nicht ohne die Arbeiter regiert werden. Dießem
Biele strebe seine Partei in gutem Glauben zu und mit
festem Willen.

Die Rechte habe ihrem Redner zu, dem das Zeugnis
nicht verweigert werden kann, daß er etwas gewagte
Experiment seines Wiederaustrittens im Reichstage sehr gut
bestanden habe. Was danach folgte, fand nicht mehr die
Aufmerksamkeit des Hauses. Das weitere wird sich erst in
der Fortsetzung der Debatte finden, die, wenn es gut geht,
am Freitag beendet werden soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Der Entwurf über den Staatsgerichtshof ist dem
Reichstage zugegangen. Zweck des neuen Staatsgerichts-
hofes ist die Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Reich
und Ländern bei Ausführung von Reichsgesetzen, bei wirt-
schaftlichen Interessengegenständen, ferner Erledigung der so-
genannten Ministeranklagen. Dagegen kommen Verfahren
wegen Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vor diesem
Gerichtshof nicht zur Entscheidung. Als nichtständiger
Gerichtshof ist der Staatsgerichtshof dem Reichsgericht an-
gegliedert und wird von Mitgliedern des Reichsgerichts ge-
bildet. Dem Reichspräsidenten steht ein Beauftragungsrecht
zu, doch muß vorher der Reichstag zustimmen.

• Vorkünftige Veranlagung zum Reichsnotopfer.
Dem Reichstage wird demnächst ein Entwurf zugehen, der
eine beschleunigte vorläufige Veranlagung zum Reichsnot-
opfer vorsieht, damit das Reich schneller als bisher in den
Fällen von Varmitteln kommt und nicht den Abschluß des
allgemeinen Veranlagungsgeschäftes abwarten muß. Diese
vorläufige Veranlagung soll bis Ende des Jahres durch-
geführt sein. Unabhängig davon bleibt die Möglichkeit,
Borauszahlungen zu leisten und hierbei Kriegsanleihen in
Zahlung zu geben. Kriegsanleihen werden bei der Reichs-
notopferabgabe nach dem 1. Januar 1921 nicht mehr in
Zahlung genommen.

• Die Stärke des neuen deutschen Heeres wird vom
1. Januar 1921 ab betragen: 5 Generale, 14 General-
leutnants, 36 Generalmajore, 123 Obersten, 205 Oberst-
leutnants, 412 Majore, 1058 Hauptleute, 596 Oberleutnants,
1192 Leutnants, 1429 Oberfeldwebel, Hauptmeister, Zahl-
meister uim., 2097 Feldwebel, 14 101 Unteroffiziere, 15 675
Obergefreite, 15 675 Gefreite und 47 027 Mannschaften.
Wehr als 50 % der Reichswehr sind also Chargierte.

• Reichsverfahren gegen Bayern. Amlich wird mit-
geteilt: Nach der Reichsverfassung (Artikel 123, Abs. 2)
werden alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte
beseitigt. Entgegen diesem Verfassungsgrundsatz hat es der
Bayrische Landtag abgelehnt, das bisher bestehende Ex-

pedient für Vollschullehrerinnen anzuwenden. Der Reichs-
minister des Innern hat nunmehr auf Grund des Artikels 13
der Reichsverfassung beim Reichsgericht den Antrag gestellt,
Entscheidung dahin zu treffen, daß die mit der Reichs-
verfassung nicht vereinbaren Vorschriften des bayerischen
Vollschullehrergesetzes als mit dem Reichsrecht in Wirt-
spruch stehend nicht rechtsverbindlich sind.

• Die Abfindung der Hohenzollern. Der Reichs-
ausschuss der Preussischen Landesversammlung wird in den
nächsten Tagen entscheiden, ob die Abfindungsvorlage der
Hohenzollern noch vor den Neuwahlen erledigt werden kann.
Die Aussichten sind gering, da die Sozialdemokraten an
ihrem ablehnenden Standpunkt festhalten.

• Zu den Erzbergerischen Senerklärungen erklärte
Erzberger selbst einem Pressevertreter, daß er nicht beab-
sichtige, sich von seinen Gegnern auf den Weg der Bräut-
flage drängen zu lassen und der Welt neuerdings das Schau-
spiel eines Erzberger-Prozesses zu bieten. Wenn an den
gegen ihn gerichteten Beschuldigungen etwas Wahres sei, so
würde das die amtliche Untersuchung ergeben, die jetzt auf
Grund der neu erhobenen Beschuldigungen wieder eingeleitet
ist. Das Ermittlungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen.
Immerhin dürfte jetzt festgestellt werden, daß die bisherige
Untersuchung zu keinem anderen Ergebnis geführt habe, als
die bereits früher angelegte Untersuchung zutage gefördert
habe. Insbesondere hätten sich die Angriffe wegen der an-
geblichen Verschleierung der Tschechen-Gelder als gegenstands-
los erwiesen.

Großbritannien.

• Keine Revision des Versailler Vertrages. Seitens
der englischen Regierung wird betont, daß es durchaus nicht
mit der Treue gegen den Versailler Vertrag unvereinbar
sei, wenn die britische Regierung auf ihr Recht auf das
deutsche Eigentum, das nach Wiederaufnahme der Handels-
beziehungen in England vorhanden sei, verzichte. Ein Ver-
zicht auf ein Eingekauft dieser Art bedeutet in keiner Weise
eine Revision oder eine Abänderung des Vertrages; ebenso-
wenig beilegt es ein wesentliches Mittel zur Erwinigung
der deutschen Verpflichtungen. Tatsächlich verzichtet Frank-
reich, obwohl die französischen Blätter diese Handlung
Britanniens kritisieren, selbst auf sein Recht bezüglich des
ungarischen Eigentums.

Polen.

• Volksabstimmung in Wilna. Der Völkerbunds-
rat in Brüssel beschloß eingehend die polnisch-litauische Frage.
Symans erklärte über eine Erklärung der polnischen
Regierung Bericht, die besagt, General Jeligowski habe ganz
selbständig gehandelt, indem er Wilna besetzte. Der Rat
schloß eine Volksabstimmung vor und beide Parteien sollten
während dieser Zeit sich jeder Feindseligkeit enthalten. Die
polnischen und litauischen Abgeordneten haben diesen Vor-
schlag angenommen.

Amerika.

• Wilson gegen den Imperialismus. In einer An-
sprache an eine Abordnung von Republikanern sagte Wilson
über den Völkerbund: „Die großen Opfer, die Amerika im
Kriege gebracht hat, würden vergeblich sein, wenn wir das
begonnene Werk nicht vollenden.“ Wilson warnte seine Zu-
hörer vor der Auffassung, daß Deutschland die einzige Nation
sei, die imperialistische Pläne hege und sich dadurch zu einem
Angriff auf das Geseße der Zivilisation habe verleiten lassen.
Es gebe noch andere, die von wirtschaftlicher Gier und
Herrschsucht angetrieben würden. Diesen müsse klargemacht
werden, daß die Welt sich ihnen geschlossen entgegenstellen
würde, wenn sie den Versuch Deutschlands wiederholen
wollten. Der Präsident fügte hinzu, es gibt kein anderes
Mittel den Frieden zu sichern, als den Völkerbund.

Aus In- und Ausland.

• Wien. Der Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei,
Obmann Randl, verwies in seiner Eröffnungsrede auf die
fängste Rede des Reichsministers Fehrenbach, die
schlagend die Behauptung widerlege, daß das Deutsche Reich
der Anschlussbewegung feind gegenüberstehe.

• London. Sylvia Bankhurst ist wegen eines Artikels in
ihrer Zeitung „Workers Dreadnought“, in dem die Matrosen
zum Ungehorsam aufgefordert werden, zu sechs Monaten
Gefängnis verurteilt worden.

Deutscher Reichstag.

(24. Sitzung.)

OB. Berlin, 29. Oktober.

Die heutige Sitzung begann mit der Erledigung von
zahlreichen kleinen Anträgen. Unter anderem fragte der
Abg. Dr. Frhr. v. Versner (Deutsche Wp.): Was gedenkt die
Reichsregierung zu tun, um die Heimkehr der

Deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien

vor Beginn des Winters durchzuführen? Darauf antwortete
Staatsminister Stöcker: Der Abtransport ist in vollem
Gange. Mehrere Transporte sind bereits in Deutschland ein-
getroffen. Ebenso ist das Eintreffen mehrerer tausend deutscher
Gefangenen aus Sibirien telegraphisch gemeldet. Es kann
damit gerechnet werden, daß der größte Teil der noch in
Sibirien befindlichen Gefangenen bei Beginn des Winters
eintrifft. Für die Zurückbleibenden sind alle fürsorglichen Vor-
bereitungen getroffen. Eine Anfrage des Abg. Mumm
(Deutsch-nat.) lautete dahin, was die Regierung auf Grund
der Ausschreitungen farbiger Truppen im besetzten Gebiet unter-
nommen habe? Die darauf erteilte Antwort besagte, die Reichs-
regierung hat der internationalen Rheinlandskommission eine Zu-
sammenfassung der Gewaltthaten übermittelt. Sie arbeitet
mit allen Kräften an dem Ziel, die Zurückführung der farbigen
Truppen zu erreichen. Weiter wurde auf die Anfrage
Schiffer und Genossen (Dm.): Was die Reichsregierung gegen
die Beschlagnahme von beträchtlichen Mengen guten Acker-
landes in der Nähe von Dürren zur Errichtung von Flug-
zeughallen durch die französische Militärverwaltung zu tun
gedenke, geantwortet: Etwa 450 Morgen größtentheils aus
Kartoffeln bestehenden Ackerlandes sind von der französischen
Militärverwaltung mit Beschlag belegt und es sind darauf
Flugzeughallen errichtet worden. Ein dagegen erhobener Ein-
spruch ist am 26. Juni dahin beantwortet worden, daß der
Beschlagnahmefehl aus militärischen Gründen nicht aufzu-

haben werden könne, daß aber die Rechte vom dem Gelände

eingebraut werden dürfe. Nach den kurzen Anfragen kam die Interpellation Schiffer betreffend Malmédy und Eupen an die Reihe. Diese Interpellation wird an einem der nächsten Tage beantwortet werden. Darauf wurde der Notetat endgültig angenommen und alsdann begann die

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Zuerst sprach sehr ausführlich der Reichsminister des Äußern Dr. Simons. Er wandte sich zuerst gegen Ausführungen, die der Sprecher der Deutschnationalen, Graf Westarp, gestern gemacht hatte. Der Standpunkt des Grafen Westarp, daß der Friedensvertrag von Versailles unter falschen Voraussetzungen errichtet sei und infolgedessen für uns als nicht existierend zu gelten habe, kann, so betonte der Minister, von der deutschen Regierung unmöglich akzeptiert werden. Denn die Vorgänger in der jetzigen Regierung haben diesen Vertrag unterschrieben und die weitüberwiegende Mehrheit der Reichsversammlung hat ihm zugestimmt. Infolgedessen müssen wir die eingegangenen Verpflichtungen innehalten und nach Möglichkeit ausführen. Wollten wir uns der Erfüllung widersetzen, so würde ein neuer Krieg unvermeidlich sein. Der Minister sprach dann über die Bemühungen zu einer

Verständigung über die von uns geforderten Leistungen zu gelangen, und er bedauerte, daß unsere Vorschläge über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich bisher abgelehnt worden sind. Während gedachte der Minister der Forderung von 810 000 Millionen, wobei er darauf hinwies, daß diese Forderung noch keineswegs anerkannt ist, daß es aber einwilligen nur um eine Ausstellung handle. Im Anschluß hieran beantwortete der Minister die Interpellation

Dieselmotoren.

Er betonte, daß wir nach dem Friedensvertrage zur Herstellung von Kriegsmaterial verpflichtet sind, daß diese Herstellung aber nicht von den Kommissionen der Alliierten und deren Mitgliedern vorgenommen werden dürfe, sondern von der deutschen Regierung selbst vorgenommen werden soll. Deshalb, so erklärte der Minister, ist es auf das entscheidendste zurückzuweisen, daß einzelne Entente-Offiziere wertvolle geistige Gegenstände als angebliches Kriegsmaterial eigenhändig geschlagen haben. Bei diesem Hinweis des Ministers entstand im Hause große Unruhe, und es wurden vielfach Rufe laut: „Unhörbar!“

Der Minister legte den deutschen Standpunkt betreffend der Dieselmotoren dar und bemerkte, daß das Verlangen, die Dieselmotoren zu zerstören, einwillen hinausgeschoben worden ist. Dagegen treffe die Nachricht, daß die Mächte ihr Verlangen nach der Zerstörung bereits zurückgezogen hätten, nicht zu.

Dann ging der Minister zu den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen über. Der Präsident der Konferenz in Brüssel hat die festerliche Zusage gegeben, daß wir uns in Genf wiedersehen, um die Frage der Wiedergutmachung endgültig zu lösen. Gegen diese Konferenz hat leider Frankreich Widerspruch erhoben. Sehr erfreulich ist es, daß England an dem Versprechen der Genfer Konferenz festhält. Was den

Wälfersbund

anlangt, so ist er in Deutschland sehr unpopulär, und zwar mit vollem Recht. Das deutsche Volk hat dem Wälfersbund einstimmig zu viel Vertrauen entgegengebracht. Ich warne aber davor, den Wälfersbund für eine abgetane Frage zu behandeln; es ist für uns sehr notwendig, die Frage des Vorteils den der Eintritt in den Wälfersbund für uns hat, genau zu prüfen. Der Minister beklagte es, daß durch die Hebe einiger Beteiligungen eine feindselige Stimmung gegen Frankreich erzeugt worden wäre. Andererseits beklagt er es, daß es deutsche Blätter gibt, die unter Entgegenkommen gegen die Franzosen noch zu gering finden. Mit Italien sind die Beziehungen leichter aufzunehmen. Der Minister geht auf die Beziehungen zu den übrigen Nachbarländern ein, besonders zu Polen. Über Oberschlesien soll ausführlich beim Autonomiegesetz gesprochen werden. Ich bin der Meinung, daß der Bericht auf die Abstimmung das Beste wäre im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft. Der Minister schließt mit der Aufforderung zur Einigkeit des deutschen Volkes in allen deutschen Gedanken.

Die deutsche Greuelliste.

Nach dem Reichsminister des Auswärtigen sprach der Abg. Stresemann (Deutsche Vp.). Er fragte unter anderem, ob es wahr wäre, daß gegen den Major von Stülwagel wegen seiner Veröffentlichungen über die an deutschen Gefangenen von unseren Feinden verübten Greuel ein Verfahren eingeleitet sei, und er fragte, wann die Akten über die an deutschen Gefangenen verübten Greuel veröffentlicht werden dürften. Man müsse die Anlagen über unsere angeblichen Greuelaten dadurch entkräften. Ein solcher Gegenbeweis würde die internationalen Beziehungen nicht nur nicht befestigen, sondern vielmehr zur Wiederherstellung normaler Beziehungen führen. Weiter beschäftigte sich der Redner ausführlich mit der

Frage der Sozialisierung.

Die Deutsche Volkspartei erklärte er, erkennt grundsätzlich an, daß die Bodenbesitzer der Allgemeinheit gehören. Das hat aber absolut nichts zu tun mit der Frage, ob die Überführung

Die Glücksucher.

Roman aus der Vorkriegszeit von Heinrich Lee.
(Nachdruck verboten)

Ein Mitwisser war ihm erstanden. Ein Mitwisser, der Rechenschaft über dieses Geld von ihm verlangte. Und zwar förmlich. Nicht in Worten, sondern auf der Stelle hatte er das Geld herbeizuschaffen — oder seine Tat wurde bekannt und kam an den Branger. Gleichwohl, ob er den Tod wählte oder nicht.

Stunden verrannen. Die Kerze in dem Messingleuchter war längst niedergebrannt.

Der graue Morgen sah zum Fenster herein und der Unselige, der noch immer an seinem Platz saß, den Kopf mit dem zerwühlten Haar und dem in die Hände geklammerten, vermissten übernachteten Antlitz, hatte nun seinen Entschluß gegeben.

Ein Weg, der einzige, der letzte, der ihn retten konnte. Nicht vor dem Tode, dem er für ewig nun verfallen war — wohl aber vor der öffentlichen Schandele.

Es war am nächsten Morgen. Es regnete und Sektors war auf seinem Zimmer. Er wollte dieses Wetter zu einigen Korrespondenzen benutzen, die er schon viel zu lange aufgeschoben hatte, aber seine Feder kam nicht vorwärts. Immer steckte ihm noch der gestrige und auch der vorgestrige Tag im Kopf, immer schob sich Hertas Antlitz zwischen seine Gedanken und das Papier.

Der Ausflug nach Moriola hatte seine Hoffnungen, seine Wünsche sehr wenig befriedigt. Zwar schien nach der Mitteilung der Tante sein so klug angelegter Plan der erste gelungen, Hertas Heirat mit diesem Hemmersbach war vereitelt worden, und sie hatte, wie die Tante erzählte, das noch dazu jeden Kampf, ohne jeden Schmerz, ja sogar anheimelnd mit der größten Ruhe aufgenommen. Er hatte, wenigstens im Anfang, auf das Gegenteil gerechnet, und so machte ihn ihr Benehmen sehr geradezu lustig. Schließlich aber fand er die einschlägige Erklärung dafür. Ihr Benehmen war nicht nur ein Beweis, daß er sich über die Gründe ihrer Beziehungen zu Hemmersbach nicht getäuscht hatte, daß es sich so damit verhielt, wie er gleich im Beginn vermutet hatte. Nämlich daß von einer ernstlichen Neigung ihrer

der Bodenbesitzer in die staatliche Hand rühmte. Die Verwaltung und Produktion von Kohlen und Gas muß einheitlich gestaltet werden. Man muß eine große gemeinwirtschaftliche Kontrolle herstellen, und man muß die Arbeiter am Gewinn und am Kapital des Unternehmens beteiligen.

Der nächste Redner war der Abg. Crivien (Rechtsunabhängig). Er sprach über Arbeiter- und Sozialversicherungsfragen und die Feindschaft zwischen Kapitalismus und Arbeitern.

Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

Preussische Landesversammlung.

(171. Sitzung.) 4. Berlin, 29. Oktober.
Wegen der bevorstehenden Abstimmungen ist das Haus stark besetzt. Die zweite Beratung über die

Preussische Verfassung

wird fortgesetzt. Zunächst wird abgestimmt über die Anträge zu § 1. Der Antrag Ludwig (Rechts- u. Soz.) auf Abbrechung der weiteren Verhandlungen der Verfassung bis auf die erfolgte Neuerteilung Deutschlands und Preußens wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Ein Antrag Sergt (Dsch.-nat. Vp.) will den Absatz 2 des § 1 folgendermaßen gestalten: Die Zustimmung zu Veränderungen des Staatsgebietes kann nur unter den Bedingungen einer Verfassungsänderung erfolgen. Der Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag Sergt (Dsch.-nat. Vp.) schlägt dem § 1 einen Absatz 3 zu: „Die Landesfarben sind schwarz-weiß“. Der Antrag wird mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Demokraten gegen eine starke Minderheit angenommen.

Es folgt darauf die Abstimmung über den § 1 selbst. Der Paragraph lautet mit dem angenommenen deutschnationalen Antrag der Anfügung eines Absatzes 3, wie folgt:

„Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches. Die nach der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung Preußens zu Gebietsänderungen erfolgt durch Gesetz.“

Die Landesfarben sind schwarz-weiß.“

Der Paragraph wird gegen die Unabhängigen mit den Stimmen aller anderen Parteien angenommen.

Es folgt die Beratung über Abschnitt 2 „Die Staatsgewalt“. Der Abschnitt stellt in § 2 das demokratische Prinzip auf: „Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes.“ Der § 3 regelt die Abstimmung. (Volksbegehren, Volksentscheid und Volkswahl.) § 4 befragt, daß das Staatsministerium namens des Volkes die Regierung führt. §§ 2 und 3 werden in der Ausschlußfassung angenommen.

Erdrösselung unseres Luftverkehrs.

Erneute Flugverbote.

Die Beschlagnahme der Luftschiffe der Rumpler-Werke, die auf ihrer Reise von München nach Wien von der österreichischen Entente-Kommission festgehalten wurden, scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Gewisse gleichartige Vorfälle deuten darauf hin, daß in diesen Maßnahmen ein System liegt.

Wie aus München gemeldet wird, teilte die internationale Luftfahrt-Überwachungskommission durch die Luft-Friedenskommission den Rumpler-Werken mit, daß ihnen und der Luft-Verderer in Berlin das Fliegen über Haupt verboten sei, da sie gegen das Verbot, außerhalb Deutschlands zu fliegen, gehandelt hätten. Die Konzeption zum Fliegen werde den beiden Gesellschaften entzogen, und die Flugzeuge würden beschlagnahmt. Die Rumpler-Werke haben sofort Protest beim Reichsluftamt eingelegt.

Den beteiligten deutschen Werken ist diese Entente-Verfügung noch nicht zugegangen. Auffällig ist eine Mitteilung der Badischen Luftschiffahrt-Gesellschaft, nach der die Verzögerung in der Aufnahme des Luftpost-Betriebes Frankfurt-Basel darauf zurückzuführen ist, daß die französische Regierung jede Landung deutscher Flugzeuge auf Schweizer Boden verboten hat. Auch das deutsche Flugzeug, das kürzlich den Probestieg Königsberg-Wien-Moskau ausführt, ist auf der Rückreise im Königsberger Flughafen von der Entente-Kommission mit der Begründung beschlagnahmt worden, daß es sich um ein Kriegsfeldflugzeug handle. Das allein sind Schikanen, die nur darauf berechnet sein können, den deutschen Luftverkehr zu behindern, während der Versailler Friedensvertrag eine rechtliche Grundlage zur Störung des deutschen Luftverkehrs nicht bietet.

Die Ergebnisse der Reichssteuern.

Eine Denkschrift der Finanzverwaltung.

Eine Denkschrift über den Stand der Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern ist dem Reichstage zugegangen, der wir folgende Angaben entnehmen: Die Veranlagung der vorläufigen Einkommensteuer ist fast allgemein ab-

geschlossen, diese Steuer ergibt 6 Milliarden Mark, an der Spitze stehen Düsseldorf mit 542, Münster mit 520, Breslau mit 516, Groß-Berlin mit 460 Millionen Mark Ertrag. Die Veranlagung zur Körperschaftsteuer konnte bisher mit Rücksicht auf die dringenden Veranlagungen der übrigen Steuern noch nicht durchgeführt werden. Die Kapitalertragsteuer ist keine Veranlagungssteuer, sie wird mit 1 300 000 000 Mark geschätzt. Die Vorarbeiten für die Veranlagung zum Reichsnotopfer und zur Besitzsteuer sind fast überall beendet, teilweise konnten die Erklärungen bereits bearbeitet werden. Die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 beträgt 2 117 444 000 Mark, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bisher 7 949 822 000 Mark. Das Ergebnis der Erbschaftsteuer ist aus Verwaltungsgründen ungünstig geblieben, sie betrug in den letzten 6 Monaten nur 67 Millionen. Die Umsatzsteuer entspricht im allgemeinen den gehegten Erwartungen, weiter ist besonders günstig das Ergebnis der Grunderwerbssteuer, der Voranschlag ist sogar überschritten. Das gleiche gilt für die oben erwähnten Kriegsabgaben, Stempelsteuern und Verkehrssteuern haben ein außerordentlich günstiges Ergebnis gehabt. Neugründungen und Verkehr haben durch ihre Erhöhungen nicht gelitten.

geschloßen, diese Steuer ergibt 6 Milliarden Mark, an der Spitze stehen Düsseldorf mit 542, Münster mit 520, Breslau mit 516, Groß-Berlin mit 460 Millionen Mark Ertrag. Die Veranlagung zur Körperschaftsteuer konnte bisher mit Rücksicht auf die dringenden Veranlagungen der übrigen Steuern noch nicht durchgeführt werden. Die Kapitalertragsteuer ist keine Veranlagungssteuer, sie wird mit 1 300 000 000 Mark geschätzt. Die Vorarbeiten für die Veranlagung zum Reichsnotopfer und zur Besitzsteuer sind fast überall beendet, teilweise konnten die Erklärungen bereits bearbeitet werden. Die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 beträgt 2 117 444 000 Mark, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bisher 7 949 822 000 Mark. Das Ergebnis der Erbschaftsteuer ist aus Verwaltungsgründen ungünstig geblieben, sie betrug in den letzten 6 Monaten nur 67 Millionen. Die Umsatzsteuer entspricht im allgemeinen den gehegten Erwartungen, weiter ist besonders günstig das Ergebnis der Grunderwerbssteuer, der Voranschlag ist sogar überschritten. Das gleiche gilt für die oben erwähnten Kriegsabgaben, Stempelsteuern und Verkehrssteuern haben ein außerordentlich günstiges Ergebnis gehabt. Neugründungen und Verkehr haben durch ihre Erhöhungen nicht gelitten.

Beschuldigungen der Münchener Polizei

Dunkle Geschichten.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages forderte durch einen Dringlichkeitsantrag die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und zwar mit folgender Begründung:

„Gegen Organe der Polizeidirektion München wird der Vorwurf erhoben, daß sie eine Organisation gebildet haben, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Menschen gewalttätig zu beseitigen; Beweismaterial und Zeugen stehen zur Verfügung.“ Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Es handelt sich darum, daß Organe der Münchener Polizei unter Beteiligung eines von der Entente-Kommission als Geheimagent verwendeten Belgiers namens Frachet versucht haben sollen, einen früheren Reichsmehrpolitiker Dobner zu ermorden, der sich angeboten hatte, der Entente-Kommission geheime Waffenlager zu verraten. Bei einer Automobilfahrt außerhalb Münchens wurde von Polizeibeamten der Versuch gemacht, Dobner zu erschlagen und zu erdrosseln. Er ist entkommen und befindet sich augenblicklich unter dem Schutz von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im Landtagsgebäude. Staatssekretär des Innern Schwenker gab die Versicherung, daß der Regierung von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt gewesen sei und daß eine beschleunigte Untersuchung stattfinden soll, damit eine Beunruhigung der Öffentlichkeit vermieden wird. Der H. S. B.-Abgeordnete Garein erklärte, es seien Anhaltspunkte vorhanden, daß die erwähnte Organisation auch mit der Einwohnerwehr etwas zu tun habe und daß diese Organisation nicht nur Morde versucht, sondern bereits Morde ausgeführt habe. Es wurde einstimmig eine aus je einem Abgeordneten aller sieben Fraktionen zusammenge-setzter Untersuchungsausschuß gebildet, der die beteiligten Personen als Zeugen vernehmen wird. Die Regierung hat ausdrücklich Garantie geleistet, für die Sicherheit dieser Zeugen zu sorgen.

Die Münchener Polizeidirektion erklärt, es stehe fest, daß die Polizeidirektion weder mittelbar noch unmittelbar mit dem angeblichen Mordversuche in Verbindung stehe. Diese Erklärung ist gegeben worden, ehe die Ausführungen im Landtagsausschuß stattfanden.

Locales und Provinziales.

Salver, den 1. November 1920.

Die Feuerungsansprüche kuppelbar. Kriegsbeschäftigten und Feuerungsanlagen unterliegen nach einer Bestimmung vom Mai 1918 nicht der Wändung. Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Justiz ist einseitigen der Standpunkt zu vertreten, daß dies auch auf die Feuerungsansprüche des neuen Besoldungsgehaltes anzuwenden ist. Diese dienen gegenwärtig lediglich der Ausgleichung der augenblicklichen Feuerung, die durch den Krieg hervorgerufen ist und durch den Friedensvertrag noch weiter gesteigert wird. Trotz des Friedensschlusses muß diese Feuerung als Kriegsteuerung im Sinne jener Bestimmung angesehen werden. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und der vorausgegangenen Entwicklung bis zum Friedensschluß handle es sich um eine einheitliche wirtschaftliche Erscheinung. Endgültig muß die Frage aber von den Gerichten entschieden werden.

Doch wenn sie diesen Menschen liebt — wie ich sie, wie wollte er ihn ihr vom Heren reihen? Ein Duell mit ihm erzwängen, ihn töten! Das hätte vielleicht nicht gegen sein Gemüthen verstoßen, war aber sicherlich das Dummste, was er tun konnte. Was aber sonst?

Ein Klop ein an der Tür unterbrach ihn in seinen Gedanken. Es war der Kellner, der erschien — er brachte ihm eine Karte. „Vincent Hemmersbach“ stand darauf zu lesen.

Was es nur seine erregte Phantasie, die ihn diesen Namen leuchtete? Gerade jetzt, wo sein ganzes Denken von diesem Menschen erfüllt war? Aber nein — seine Augen sahen doch ganz deutlich. Und was konnte dieser Mensch von ihm zu wünschen haben? Doch fiel ihm jetzt die Nachricht ein, die er ja vor ein paar Tagen von ihm erhalten hatte — von dem Tode des Professors, den er noch hatte besuchen wollen. Wahrscheinlich also, daß sein Kommen damit zusammenhing. Jedenfalls erklärte der Unbekannte gerade zur rechten Zeit — er hatte ihn ja vor die Klinge haben wollen.

„Ich laufe bitten!“ sagte er. Vincent trat ein. Mit unbefangener Miene kam ihm Sektors entgegen und reichte ihm die Hand.

„Guten Tag, Herr Hemmersbach,“ begann er, und auch seine Stimme klang so freundlich, so jovial wie sonst — „ich muß Ihnen noch für Ihre Mitteilung danken und mein herzlichstes Beileid aussprechen. Kommen Sie wegen Ihres verstorbenen Freundes zu mir?“ — „Nein, deshalb nicht, Herr Vincent.“

Sektors trat einen Schritt von ihm zurück. „Ja, wie sehen Sie denn aus?“ sagte er mit ungeheurer Bewunderung — „und was für einen Ton haben Sie denn in der Kehle? Sind Sie krank? Ist Ihnen was zugefallen? Oder ist Ihnen vielleicht am hellen Tage ein Wespenschmerz erschienen?“

„Wenn Sie mir erlauben wollen, mich zu sehen, Herr Vincent!“ brachte Vincent mühsam hervor.

Sektors erschauerte, seine Neugier und sein Interesse wuchs. Er folgte ihm doch wieder der Gedanke an Hertas — denn was diesen Menschen betraf, das betraf, wenigstens mittelbar, ja auch sie selbst.

„Aber bitte doch!“ erwiderte er. Sie nahen Platz.

(Fortsetzung folgt.)

